

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1931

219 (12.5.1931) Morgenausgabe

Preis: frei Haus monatlich 3.20 M. ...

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Eigentum und Verlag von: Ferdinand Ziergarten ...

Kabinettsberatung über Genf.

Curlius hält dem Reichspräsidenten Vortrag.

Berlin, 11. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das Reichskabinet hat am Montag vormittag mit den Beratungen über die Genfer Tagung begonnen...

unserer verschwenderischen Finanzpolitik gemacht werden können. Jedenfalls hat das gegenwärtige Kabinet alles getan...

Der Kirchenvertrag unterzeichnet

Berlin, 11. Mai. (Kunstspruch.) Am Montag vormittag 11 Uhr fand im preussischen Staatsministerium die feierliche Unterzeichnung des Vertrages des Reichstaates Preußen mit den acht evangelischen preussischen Landeskirchen statt.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung wird der Vertrag mit dem Schlussprotokoll und dem Gesetzentwurf an den Staatsrat gehen...

Hauptinhalt des Vertrages.

Der Vertrag sieht u. a. folgende Bestimmungen vor: Art. 2 bestimmt, daß kirchliche Gesetze und Notverordnungen über vermögensrechtliche Angelegenheiten dem Kultusminister vorgelegt werden müssen...

Saalschlacht im Karlsruher Rathaus.

Saalschlacht im Karlsruher Rathaus.

Viele Verletzte / Schwerer Sachschaden.

Am Montag stand im Mittelpunkt der Besprechung die deutsch-österreichische Zollunion selbst. Aus der überraschend vorstichtigen Rede wie Dr. Curlius Herrn Briand geantwortet hat, ist in politischen Kreisen geschlossen worden, daß auf deutscher Seite Neigung zu Kompromissen für Genf bestände...

Die Voranschlagsberatungen des Karlsruher Bürgerausschusses, die am Montag nachmittags 4 Uhr ihren Anfang nahmen, fanden kurz nach 10 Uhr ein plötzliches Ende.

nächster Nähe des Rathauses befindliche Notrufkommando herbeigerufen worden war.

Auf dem Marktplatz hatte sich ein zahlreiches Publikum angelammelt, so daß die alarmierte Polizei schließlich den Marktplatz in weitem Umkreis räumen mußte...

Wahnenkommissar Litwinow hat dem Generalsekretär telegraphisch mitgeteilt, daß die sowjetrussische Abordnung erst am 16. Mai einreisen wird...

Als erster ergreift der nationalsozialistische Stadtrat Kramer das Wort. Als er nach einigen Sätzen die Kommunisten als das „Verbrechergesinde“ bezeichnete, mit dem man überhaupt nicht verhandeln könne...

Nur mit großem Bedauern und in ernstester Sorge um Ansehen, Würde und Zukunft unserer Selbstverwaltungskörper wird der gewissenhafte Chronist die betrüblichen Vorgänge im Karlsruher Rathaus vermerken können.

Brünnings Taktik.

Rückwirkungen der Außenpolitik auf die Innenpolitik.

Berlin, 11. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichskanzler hat wohl selbst das Gefühl gehabt, daß die Kabinettsberatung, die in den Beratungen des Kabinetts über das in der Definitivität nicht überall richtig verstanden wird...

Briand kandidiert.

Die Aussichten für die Präsidentschaftswahl.

B. Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht der „Bad. Presse.“) Heute um 7 Uhr abends erschienen Vertreter sämtlicher Linksparteien, des linken Zentrums, der Radikalen und mehrere Mitglieder der Arbeitsgruppe bei Briand...

Die Sozialisten hatten sich aus taktischen Gründen nicht angeschlossen, um Briand nicht zu sehr als einen Kandidaten der Linken zu stempeln. Die Fraktion der Demokraten befand sich in einer ziemlich schwierigen Lage...

Großer Prozeß gegen Branntweinhändler.

Die Gebrüder Weil und der Kiefer-Konzern.

Im Landgericht Frankenthal begann am Montag ein großer Prozeß gegen die Gebrüder Weil (Neustadt), der durch seinen Zusammenhang mit dem Kiefer-Konzern von besonderem Interesse ist.

Die Brüder Berthold und Hugo Weil stehen nach den Ergebnissen der Voruntersuchung in dem Verdacht, sowohl als Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft Morz Weil, Neustadt, wie bezüglich ihres Privatvermögens, über das am 3. Mai 1930 das Konturverfahren eröffnet wurde, in der Absicht, ihre Gläubiger zu benachteiligen, ihre Handelsbücher so geführt zu haben, daß sie keine Überschuldung des Vermögenszustandes gewähren. Sie werden weiter beschuldigt, durch Aufwand und Differenzhandel mit Börsenpapieren betragsmäßig Summen verbraucht zu haben. So soll der angeklagte Berthold Weil im Jahre durchschnittlich 28 000 Mark, Hugo Weil 58 000 Mark bezogen haben; seine Tochter betam im Januar 1928 eine Mitgift von 200 000 Mark, außerdem übernahm Hugo Weil eine Bürgschaft in Höhe von 100 000 Mark für den Schwiegervater seiner Tochter, für die dann die Masse in Anspruch genommen wurde. Entgegen den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches haben sie es unterlassen, die Bilanz ihres Vermögens in der vorgeschriebenen Zeit zu ziehen, und sofern sie es getan haben, waren diese Bilanzen falsch. Nach einer von dem Landgericht Frankenthal aufgestellten Bilanz pro 1929 ergebe sich bereits ein Betriebsverlust von 211 320 Mark, wozu Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaft in Höhe von 320 255 Mark kommen. Andererseits aber wird das Vermögen der Gesellschaft mit 676 140 Mark ausgewiesen. Der mitbeschuldigte Proturist Schmidt soll zu einigen der angeführten Verbrechen und Vergehen durch die Tat wesentlich beigetragen haben.

brechens des betrügerischen Bankrotts, in rechtlichem Zusammenstößen mit je einem Vergehen des einfachen Bankrotts und einem Vergehen der Gläubigerbegünstigung, außerdem fünf gemeinschaftlich begangene selbständige Vergehen des Betrugs, eines gemeinschaftlich begangenen fortgesetzten Vergehens gegen das Lebensmittelspekulieren, eines Vergehens der Beihilfe zu einem Vergehen gegen das Branntweinmonopolgesetz und außerdem dreier gemeinschaftlich begangener fortgesetzter, selbständiger Vergehen gegen das Branntweinmonopolgesetz.

Der Angeklagte Schmidt wird der Beihilfe zu einem Verbrechen bzw. Vergehen des betrügerischen und einfachen Bankrotts und der Beihilfe zu dem Vergehen des Betrugs und der Beihilfe zu den Vergehen gegen das Branntweinmonopolgesetz beschuldigt.

Erster Verhandlungstag.

Am 1. Verhandlungstag wurde Berthold Weil zum Verhör aufgerufen. Er ist 50 Jahre alt. Das Weingeschäft hat er 1908 von seinem Vater übernommen, dann ist sein Bruder Hugo eingetreten. Das Geschäft ging gut, allmählich wurde dem Weinhandel auch das Spirituosengeschäft angegliedert. Der Rückschlag kam nach Angabe des Berthold Weil 1925/26; das Reichs-Branntweinmonopol hatte auf die Branche katastrophal eingewirkt. Die Bankschulden wurden immer größer, es mußten Effektenbestände erkauflicher Art Hals über Kopf zu schlechten Kursen verkauft werden. Trotzdem gelang es, das Geschäft zu halten, trotz der vielen Rückschläge, besonders auch am schwarzen Freitag. Schwierigkeiten machte die Spritpolitik des Reiches. Eine ordentliche Kalkulation wurde dadurch fast unmöglich. Dem Drang der Banken nach Abdeckung der Kredite konnten wir nicht so nachkommen, wie die Banken es verlangten. 1928/29 betrug der Verlust mindestens vier Millionen Mark, davon 3 Millionen Kundenverluste und 300 000 Mark an Steuern.

Auf die Fragen des Vorsitzenden erklärt Berthold Weil, daß er tatsächlich erst Ende 1929 — Anfang 1930 Kenntnis von der katastrophalen Lage der Firma erhalten habe. Zu seiner Buchführung, die ja recht durcheinander ist, erklärte Berthold Weil, es sei kein Buch geführt worden, um den Vermögensstand der Firma zu verfeinern. Fingierte Rechnungen gab es nur im Verkehr mit der Badischen Obsteingesellschaft (Kiefer-Konzern). Kiefer habe ihm damals 38—40prozentige Ware angeboten, die monopolfrei war. Diese fingierten Konten haben nach Angabe des Berthold Weil jedenfalls nicht dazu gedient, die Banken usw. zu täuschen, sondern sie dienten nur dem internen Geschäftsverkehr der Firma Weil mit der Badischen Obsteingesellschaft.

Ueber seine Börsengeschäfte sagt Berthold Weil aus, daß er dabei „leider“ viel Geld verloren habe, einige 100 000 Mark. Diese Börsengeschäfte standen vor allem in Zusammenhang mit seiner Beteiligung bei Bad Rippoldsau.

Sanierungsanträge im Kehler Stadtparlament

Kürzung von Beamtengehältern?

Kehl, 11. Mai. Die Nationalsozialisten, die in der letzten Bürgerausschussung im Verein mit der Rechtsmehrheit die Nachtragskredite für die Ueberführungen bei den Erweiterungsbauten der Oberrealschule und Krankenhaus abgelehnt hatten, haben sich nun ihrerseits mit der Deckungsfrage für diese Beträge befaßt und dem Gemeinderat und Bürgerausschuß weitgehende Deckungsanträge unterbreitet. So wird eine 20prozentige Gehaltskürzung von Gruppe 8 an aufwärts gefordert. Weiter wird die Verwaltung beauftragt, unverzüglich die Einführung der Filialsteuer in Kehl vorzubereiten und die dafür notwendigen Unterlagen zu beschaffen. Der Gemeinderat wird ferner erlucht, die für die Voranschlagsüberschreitungen bei den Erweiterungsbauten Verantwortlichen, ohne Ansehen der Person, zur Rechenschaft zu ziehen. — Der Gemeinderat hat sich schon in seiner nächsten Sitzung mit diesen schwierigen Anträgen zu befaßen, die bei der Rechtsmehrheit derselben möglicherweise angenommen werden.

5. Alemannische Woche in Freiburg.

Aufstellung einer wertvollen Sammlung mittelalterlicher Glasmalereien.

Freiburg i. Br., 11. Mai. Samstag vormittag fand im Augustinermuseum in Freiburg die Eröffnung der fünften Alemannischen Woche statt. Eine große Anzahl von führenden Persönlichkeiten des politischen, geistigen und künstlerischen Lebens, nicht nur der Stadt Freiburg, sondern auch des Alemannenlandes und der benachbarten Schweiz hatten sich dazu eingefunden, an ihrer Spitze Reichsinnenminister Dr. Joseph Wirth. Im Augustinermuseum war eine umfangreiche Sammlung mittelalterlicher Glasmalereien vom 13. bis 16. Jahrhundert aufgestellt worden, die bei dieser Eröffnungsfeier der Öffentlichkeit zum ersten Male zugänglich gemacht wurde. Nach einem a capella-Chor von Franz Philipp, Gesungen von Kirchen- und Kammerchor St. Martin, unter Leitung von Ernst Ketterer wies Oberbürgermeister Dr. Bender auf die kulturelle Bedeutung der Alemannischen Woche hin und hieß die Ehrengäste, vor allem Reichsinnenminister Dr. Wirth willkommen. Dr. Bender begrüßte weiter als Vertreter des erkrankten badischen Staatspräsidenten Wittenmann, Landescommissar Schwörer, als Vertreter der Schweiz Regierungsrat Imhoff-Baier und Regierungsrat Dr. Durmatt-Bern, durch deren Besuch der kulturelle Zusammenhang zwischen Oberbaden und der Nordschweiz bewiesen werde. Als Vertreter des Elsass war Beigeordneter Professor Daiber-Strasbourg anwesend. Dann gab Museumsdirektor Dr. Roach eine historische

Einführung in die wertvolle Sammlung, die nunmehr endgültig im Augustinermuseum aufgestellt wird. Es handelt sich um eine große Anzahl mittelalterlicher Glasmalereien, die in einem solchen Umfang in keinem Museum Deutschlands zu finden sind. Insgesamt sind es 50 vollständige Glasgemälde und über 80 Fragmente, die zusammen eine Fläche von 120 Quadratmeter einnehmen. Zum Teil stammen diese Glasgemälde aus dem Freiburger Münster, wo sie entfernt werden mußten, weil sie durch Witterung Schaden erlitten hatten. Nachdem sie nun konserviert sind, haben sie im Augustinermuseum eine glückliche Auffstellung gefunden. Im Anschluß daran fand ein Rundgang durch das Museum statt, bei dem Dr. Roach im einzelnen die kostbaren Schätze erklärte.

Auch der Freiburger Rundfunk beteiligte sich an der Eröffnung der alemannischen Woche. Am Sonntag abend von 6 bis 7 Uhr fand ein Rundgang im Freiburger Münster statt, bei dem in einem Dreieckgespräch Dompfarrer Prälat Dr. Brezille, Dr. Gieseler und der Sprecher des Freiburger Senders, Ernst Brugger, den Hörern ein sehr plastisches Bild des höchsten Wertes alemannischen Kunstschaffens, des Freiburger Münsters, gaben. Der Gang mit dem Mikrophon durch das Münster gab Gelegenheit, das wundervolle Glockengeläute und die erst kürzlich eingebaute neue Münsterorgel zu übertragen.

Vom Kaiserstühler Weinbauverband.

Oberrotweil, 11. Mai. Eine Weinprämierung, verbunden mit einer Weinkostprobe, veranstaltete am Samstag der Kaiserstühler Weinbauverband. Vorhanden waren 70 Proben, eingereicht in zwölf Gruppen. Dazu hatten beigetragen Winger aus den Richtorten Astarren, Bidsenlohl, Thringen, Kotweil, Jeckingen, Bilschöfingen, Burtheim, Kiechlinbergen und Emdingen. Der Vorsitzende des Kaiserstühler Weinbauverbandes, Steiert, kam auf die Höhe des Wingerstandes zu sprechen und bezeichnete die Ansicht, wonach die Kälteschäden des Winters 1928/29 in den Reben ausgeglichen seien, als unrichtig. Es würden bis zur völligen Ausmerzung dieser Winger vor allem die hohen Zinssätze und die Ermäßigung des Zinssfußes sei eine der allerersten Forderungen des Wingerstandes. — Die Prämierung lieferte den Nachweis, daß die 1930er Weine bei guter Austreife sich zu einem Produkt entwickelten, das völlig selbständig ist und keiner Verbesserung bedarf.

Begleitet von den Klängen der örtlichen Musikkapelle begann nach der Prämierung eine Kostprobe, bei welcher schmeckte Wingerstücker als Mundschmecker tätig waren. Die gutgepflegten Weine, vor allem die am westlichen Kaiserstuhl nicht seltenen Spitzengewächse, fanden allgemeines Lob.

Bewölkungszunahme.

Unter dem Einflusse eines Hochdruckridens, der sich von Westeuropa ostwärts verlagert hat und Montag von Finnland über Mitteleuropa bis nach Spanien reicht, hatten wir Sonntag größtenteils heiteres und trockenes Wetter. Bei England stößt jetzt eine atlantische Zyklone nach dem Nordmeer vor. Ihre Vorderseite wird uns Bewölkungszunahme bringen, Niederschläge sind aber am Dienstag nicht zu erwarten.

Wetterausichten für Dienstag, den 12. Mai 1931: Leicht bewölkt, trocken und tagsüber warm. Meist Windstille.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte Karlsruhe.

Stationen	Höhe über Meeresebene	Temperatur C°	Relative Feuchtigkeit	Niederschlagsmenge	Schneehöhe	Wetter
Breisach	—	7	16	4	—	Wolke
Karlsruhe	765,7	10	14	7	—	Wolke
Baden-Baden	765,4	11	19	6	—	Wolke
Winnenden	767,9	5	14	1	—	Wolke
Badenweiler	—	7	13	—	—	Wolke
Badenweiler	765,7	11	18	8	—	Wolke
Badenweiler	639,5	5	6	3	40	Wolke

Reizwetter für Deutschland.

Nord- und Ostsee: 10—11 Grad, leicht bewölkt, aufsteigende Südwestwinde; gestern: zeitweise heiter, mild. Ostsee: 8—10 Grad, heiter, leichter Südost; gestern: Auflockerung, kühl. Ost- und Thüringerwald: 6—11 Grad, heiter, meist windstille; gestern: wolke, kühl. Mittelgebirge, Erzgebirge und Sudeten: 5—9 Grad, heiter, meist Windstille; gestern: heiter, kühl. West- und Nordsee: 6—8 Grad, meist heiter, Windstille; gestern: zeitweise heiter, mild.

Schwere Verkehrsunfälle.

Schwere Motorradunfälle.

Zwei Tote.

Eppingen, 11. Mai. Am Sonntag stürzten unweit des Dorfes Mauer zwei Motorradfahrer dadurch, daß ihre Räder in Schlaglöcher gerieten. Die Fahrer des einen Wagens, die 22 und 20 Jahre alte Brüder Boll von Eppingen wurden bei dem Sturz auf die Straße so schwer verletzt, daß der eine sofort tot war, der andere bald darauf starb. Ein dritter Fahrer, der ebenfalls aus Eppingen kommt, wurde leicht verletzt.

Tödlicher Zusammenprall.

Engelwies, Amt Neßkirch, 11. Mai. Auf einer Fahrt mit seinem Motorrad von Engelwies nach Stuttgart fuhr der 28 Jahre alte, ledige Landwirt Karl Schmidt bei Echterdingen auf einen Lastwagen auf und wurde auf der Stelle getötet.

Ein Toter und ein Schwerverletzter.

Donauschingen, 11. Mai. Ein schweres Motorradunglück ereignete sich am gestrigen Sonntag vormittag am Ortsausgang von Donauschingen. Der 32 Jahre alte Hermann Scherzinger ritt auf seinem Motorrad mit dem aus entgegengelegener Richtung kommenden Motorradfahrer Alfons Singer von Kottweil beim Ueberholen eines Radfahrers zusammen. Beide wurden sofort tot. Singer wurde bewußtlos mit Oberkörperverletzungen ins Donauschingen Krankenhaus gebracht. Sein Sojus kam mit geringen Hautabwühlungen davon.

Zwei Gernsbacher Fahrer erheblich verletzt.

Mühlheim, 11. Mai. Am Samstag abend fuhr ein Motorradfahrer mit seinem Begleiter auf dem Sojusstich, beide aus Gernsbach, mit ihrem Motorrad auf einen Feldstein auf, als er einem langsam und ein Knabe, der von dem Radfahrer auf dem Rade mitfahren wurde, kamen zu Fall. Die beiden Herren aus Gernsbach wurden mit erheblichen Verletzungen in das Mühlheimer Krankenhaus eingeliefert, während der Radfahrer und der Knabe mit leichteren Verletzungen davonkamen.

Vom Kraftwagen geschleift.

Durlach, 11. Mai. Von einem Personenkraftwagen erfährt man am Samstag nachmittag ein verheereter Krankenfuhrer beim Verlassen der Straße eine Stred mit geschleift und mußte mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhaus Durlach geschleift werden. Die Schuldfrage ist noch nicht einwandfrei geklärt, jedoch nach den bisherigen Feststellungen sowohl den Kraftwagen als auch den Verunglückten einen Teil der Schuld treffen.

Tödlicher Ausgang einer Maifahrt.

Schwellingen, 11. Mai. Samstag abend unternahmen einige junge Leute aus Schwellingen auf ihren Fahrrädern eine Maifahrt und waren in Richtung Karlsruhe unterwegs, als sie zwischen Neuhausen und Waghäusel von einem Lastzug überholt wurden. Die Schwellingener Radfahrer fuhren vorchristlichmäßig hintereinander und ganz knapp an der rechten Straßenseite. Infolge einer offensichtlichen groben Fahrlässigkeit des Führers des Lastzuges, der keine Anhalten machte, beim Ueberholen den Radfahrern auszuweichen, wurde der 19 Jahre alte arbeitslose Jakob Kadel von Schwellingen vom Motorrad geworfen und überfahren. Kadel erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf der Stelle getötet wurde. — Der Führer des Lastzuges, der aus Stuttgart ist, wurde von der Gendarmerie Wiesental vorläufig festgenommen.

Hochzeitsgesellschaft wird vom Brande überrascht.

Man vermutet Brandstiftung.

Singen a. S., 11. Mai. In den Frühstunden des Sonntag brach in dem Dekonomiegebäude des Friedr. Zurrin in Wicks an Kunden ein Brand aus, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel. Neben der Ortsfeuerwehr war auch eine schweizerische Feuerwehr zur Stelle, die sich jedoch auf den Schutz des Wohnhauses beschränken mußte. Scheune und Stallung sind vollständig niedergebrannt. Während das Vieh gerettet werden konnte, verbrannten die gelamten, zum Teil neuen landwirtschaftlichen Fahrzeuge. Auch etwa 15 Fühner kamen in den Flammen um. Der Besitzer des Anwesens hatte am Samstag seine Hochzeit gefeiert, so daß sich bei dem Brandausbruch noch viele Hochzeitsgäste in dem zugehörigen Wohnhaus befanden. Das Feuer bemerkte man erst, als das Dekonomiegebäude schon lichterloh brannte. Mit Mühe und Not konnte das Vieh gerettet werden. Auffallend war, daß die Stalltüre verriegelt war, während das Scheunentor weit offen stand. Es wird mit Bestimmtheit Brandstiftung angenommen. Durch die notwendige Räumung des Wohnhauses wurde die Aussteuer der Braut sowie die ganze neue Einrichtung ziemlich beschädigt.

Durlach, 11. Mai. (Kaiser Tod.) Am Sonntag abend wurde Ede Ettlinger- und Hauptträger ein 69 Jahre alter Fabrikarbeiter von einem Herzschlag betroffen. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Klugheit beweisen - für alle Speisen:



1/2 tb 35 DIE FEINE PREISWERT WIE KEINE

Der Karlsruher Voranschlag angenommen.

Schwere Schlägereien im Rathausaal / Zahlreiche Verletzte.

Die Voranschlagsberatungen.

Karlsruhe, 11. Mai.

Unter außerordentlich starker Beteiligung der städtischen Kollegien und der Bürgerchaft — die Galerien waren dicht besetzt — begannen am Montag nachmittag 4 Uhr die Voranschlagsberatungen im Karlsruher Bürgerausschuß.

Nach dem Namensaufruf, der die Anwesenheit von 95 Mitgliedern des Hauses ergab, erteilte zunächst

das Finanzexposé des Oberbürgermeisters Dr. Finter

das Haus. In lautscher Stille, die nur selten unterbrochen wurde von Beifallsstundgebungen, lautete das Haus den Ausführungen des Oberbürgermeisters. Besonders beifällig aufgenommen wurden die Ausführungen des Oberbürgermeisters, in denen er mit erhobener Stimme verlangte, daß Reich und Staat etwas mehr als bisher Rücksicht nehmen müßten auf die Selbstverwaltung der Gemeinden, denen unbedingt die verantwortungsvolle Finanzgebarung wieder zurückgegeben werden müsse. Mit besonderer Schärfe betonte der Oberbürgermeister die Pflicht der Selbstverwaltung, auf dem Posten zu sein und den Mut der Verantwortung für die Maßnahmen zu haben, die nötig sind, um die Gemeinde für ihre Aufgaben lebensfähig zu erhalten. Richtlinie müsse es sein, die Gemeindeaufgaben auf die sparsamste Weise zu erfüllen und damit die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt gesund zu erhalten.

Allgemeinen Widerspruch fand die Erklärung des Oberbürgermeisters, daß er auf die Verdoppelung der Bürgersteuer nicht verzichten könne, da mit einem weiteren Rückgang des Aufkommens der Ueberweisungssteuern gerechnet werden müsse und das Fürsorgeamt weitere Forderungen schon angemeldet habe.

Die Gatsrede des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Dr. Finter wies in seinen einleitenden Ausführungen darauf hin, daß nur noch wenige Wochen uns von der hundertsten Wiederverkehr des Todesstages des Mannes trennen, den wir als den Begründer der kommunalen Selbstverwaltung feiern, des Reichsfürstern von Stein. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Selbstverwaltung der Städte hin und erklärte, daß das Schlimmste sei, daß bedenkliche Anzeichen für ein Nachlassen des Willens zur Selbstverwaltung, d. h. zur Verantwortung, in den gemeindlichen Kollegien sich selbst geltend machen würden.

Wenn gegenwärtig viele Städte am Zusammenbrechen sind, so sind dafür, von Ausnahmen abgesehen, nicht liebliche Wirtschaft und hemmungslose Vergewaltigung die Ursache, sondern die ungeheure Last des Fürsorgeaufwandes, hinter der alles andere weit zurücktritt. Ich meine, wenn

eine Stadt wie Karlsruhe täglich über 24 000 RM. für Fürsorge zwecke ausgeben muß,

so braucht man nicht mehr nach dem Grunde zu forschen, warum die Städte genötigt sind, die Steuerzahler erneut anzugehen, und braucht zur Erklärung nicht in der Vergangenheit zu kramen, um da oder dort eine Ursache ausfindig zu machen, die bei Voraussetzungen der nachträglichen Entwicklung vielleicht besser unterblieben wäre. Bei einer Beurteilung der Maßnahmen der Städte verzicht man übrigens zu leicht, daß ein

wesentlicher Beweggrund für beanfundete Unternehmungen gerade die allgemein erhobene Forderung war, Arbeit für Arbeitslose zu schaffen.

Das trifft beispielsweise auch auf unseren Rapenwört zu, den seine Gegner immer wieder als das Beispiel anführen, das beweisen soll, daß auch die Stadt Karlsruhe nicht maßgehalten habe. Auch die Reichsregierung hat es vergessen, daß sie in wiederholten Erlassen die Städte auf das einbringlichste ermahnt hat, doch für Arbeitslosigkeit Sorge zu tragen, und sie ist es ja gewesen, die zu solchen Zwecken die Einrichtung der sog. Notstandsarbeiten eingeführt hat, für deren Unterhaltung von Reichs wegen heute noch Bedingung ist, daß die Arbeiten nun zufälligen Charakter tragen, also nicht vordringliche Dinge zum Gegenstand haben.

Vielleicht darf ich auch unserer Industrie und unserem Gewerbe, die zu den Anlagern der Städte gehören, ins Gedächtnis zurückrufen, daß es zu einem großen Teil die öffentliche Hand war, die in den vergangenen Jahren durch ihre Aufträge die Wirtschaft in Gang gehalten hat. Beispielsweise hat die Stadt Karlsruhe im Jahre 1929 aus Mitteln, die sie von Dritten aufnahm, über 7 Millionen Mark, teils für den Wohnungsbau, teils für die Erweiterung städtischer Einrichtungen, ausgegeben. Damit hat sie mindestens 3000 Arbeiter mit den zugehörigen Unternehmern ins Brot gesetzt. Und nicht nur diese unmittelbar Beteiligten haben davon Nutzen gehabt; diese Mittel, die in die Wirtschaft geflossen sind, haben darüber hinaus beim Umsatz der verdienten Löhne Gewerbe und Handel befeuert.

Das plötzliche Abstoppen der Kommunalkredite und damit der Austräge der öffentlichen Hand ist ganz traglos einer der Hauptgründe des ungeheuren Umfangs der heutigen Arbeitslosigkeit.

Und ist es nicht geradezu grotesk, daß heute Städte, weil sie keine Kredite zur Verbesserung und Erweiterung ihrer Unternehmungen mehr aufnehmen dürfen, genötigt sind, Geld zu leihen, um die Arbeitslosenunterstützungen damit bezahlen zu können, für die keinerlei Gegenwert geschaffen wird? Das eben ersiehene Gutachten der Sachverständigenkommission der Reichsregierung weiß ja, von Nebenabsichten abgesehen, auch kein anderes Mittel, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, als daß die öffentliche Hand Geld aufnimmt und dafür Aufträge an Industrie und Gewerbe hinausgibt. Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß man, wenn es zur Ausführung dieses Vorschlags kommt, dabei auch des besonders notleidenden Landes Baden gedenkt. Die Elektrifizierung der bad. Hauptstrecke und der Schwarzwaldbahnen sowie die Erstellung der namentlich in Mittelbaden so dringend notwendigen festen Rheinbrücken bei Maxau und Speyer sind gewiß im Hinblick auf ihren Nutzen für die Wirtschaft geeignete Objekte solcher Investitionen. Aus dem Gang der Ereignisse scheint sich mir die Bestätigung der allgemeinen Erfahrung zu ergeben, daß man sich nicht in Extremen bewegen darf. Es war falsch, sich zu viel vorzunehmen, wie es auch unrichtig war, plötzlich alles abzustoßen. Mit schwarzen Freitagen und ähnlichen Möglichkeiten des Steuerwechsels, wie wir sie leider so oft in unserer Zeit der Schlagwortpolitik zu bedauern haben, wird die Volkswirtschaft nicht gefördert. Sie kann nur gedeihen in der Luft einer ruhigen Stetigkeit! Und hätten wir diese plötzlichen Kurswechsel und die anderen Erschütterungen des Vertrauens der Geldgeber durch politische Ereignisse nicht gehabt, die den Zinsfuß für aufgenommene Kapitalien bis zum Dreifachen des Betrages haben ansteigen lassen, der in unseren Nachbarländern zu zahlen ist, dann wäre der Schuldendienst für eine in den Grenzen mäßigen Fortschritts sich bewegende Betätigung der Städte sehr wohl zu ertragen. Für die Stadt Karlsruhe nehme ich speziell in Anspruch, daß sie sich von Maßlosigkeit des Betätigungsdranges ferngehalten hat.

Der Oberbürgermeister kam sodann auf die Kritik an den wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt zu sprechen und verteidigte in längerer Ausführungen die Politik der Stadtverwaltung. Der Redner führte hierauf weiter aus:

Sie sehen, daß es mit der Konkurrenzierung des privaten Gewerbes durch Regiebetriebe in Karlsruhe nicht weit her ist, und daß es sich dabei um Dinge handelt, über die eine Verständigung möglich ist. Mit den aufgezählten Sachen sind aber auch die Gren-

zen gezogen, innerhalb deren Ueberlegungen über Aenderung des bisherigen Zustandes in Frage kommen können. Darüber hinaus muß ich die Forderung erheben: Hände weg von den Gemeindebetrieben!

Vor allem die Verkehrsbetriebe und die Werke gehören zu den uralten Aufgaben der Gemeinde und müssen in ihrer Verwaltung stehen, wenn sie ihren Zweck, für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen, erfüllen sollen. Es ist ja nicht unbekannt, daß es private Kreise gibt, die auch auf solche Unternehmungen, vor allem auf diejenigen, die bei Führung nach rein privatwirtschaftlichen Methoden eine fette Rente versprechen, ein Augenmerk geworfen haben. Verlockungen in dieser Richtung sind auch schon an uns herangetreten. Ich hoffe, daß Sie, meine Damen und Herren, die Entkommunalisierung dieser Einrichtungen nicht nur nicht wünschen, sondern auch bereit sind, mich in dem Bestreben zu unterstützen, die städtische Wirtschaft so zu führen, daß wir nicht eines Tages gezwungen sind, auch nur Teile davon zu opfern.

Glaube ich also, sagen zu können, daß wir in unserer Stadt moralische Fersehererscheinungen innerhalb der Verwaltung haben hantieren können und uns auch danor gehütet haben, die Selbstverwaltung durch Ueberbreitung ihrer Grenzen zu gefährden, so müssen wir auf der anderen Seite mit allem Nachdruck verlangen,

daß Staat und Reich das Wort von der Notwendigkeit der Selbstverwaltung in den Gemeinden nicht nur im Munde führen, sondern auch ihre Handlungen darauf einrichten, daß daraus der Selbstverwaltung der Städte kein Schaden erwächst.

Und da liegt doch manches im Argen! Der Kardinalfehler war, daß man den Gemeinden die bewegliche Einkommensteuer genommen und sie dafür auf bestimmte Anteile an den Ertragssteuern aus einer im Satz dauernd stark festgelegten Reichseinkommensteuer verwiesen hat. Damit war ein doppelter Nachteil verbunden. Die Gemeinden haben dadurch die einzige Steuer verloren, die ihrem Wesen nach sich den veränderten Steuerbedürfnissen anpassen vermag. Die Folge davon war, daß die Gemeinden zum Ausgleich ihres wachsenden Bedarfs auf die Realsteuern greifen mußten, die sich dazu um so weniger eignen, je mehr man, wie es durch die behördliche Festsetzung der Mietzinsen geschieht, ihnen an sich schon von Natur herren Charakter noch künstlich verschärft hat. Es ist einer der Vorzüge der Notverordnung vom 1. Dezember 1930, daß sie dies erkannt und für die nächsten Jahre ein feststehendes Höchstmaß für die Realsteuern festgelegt hat. Aber der Ersatz für den notwendigen beweglichen Faktor in der Gestalt der Realsteuern ist denn doch zu roh und unvollkommen, um auf die Dauer zu genügen. Zum Zweiten hat diese Gestaltung des sogenannten Finanzausgleichs die schlimme Wirkung der Loderung der Selbstverantwortung der Gemeinden auf finanzielles Gebiet gehabt und damit eine entscheidende Grundlage der Selbstverwaltung erschüttert. Selbstverwaltung ist nur möglich auf dem Boden eines selbständigen, auf verantwortliche Abwägung der Einnahmen und Ausgaben abgestellten Besteuerungsrechts, dessen Objekte in der Hauptsache nicht einzelne Personen oder Personenklassen, sondern grundsätzlich alle über Einkommen verfügenden Einwohner sein müssen. Allen Forderungen, die die Gemeinden zur Besserung ihrer Lage zu stellen haben, steht die Not, daß ihnen diese unbedingt notwendige Voraussetzung einer verantwortungsbewußten Finanzgebarung geschaffen wird. Mit dem Notbehelf der Bürgersteuer ist auch in dieser Richtung nichts getan. Soffen wir, daß wie versprochen, der 1. April 1932 die Erfüllung dieser Grundforderung brint.

Nicht minder wichtig ist es, daß mit dem System der defektslosen Ueberbürdung immer neuer Lasten auf die Gemeinden gebrochen wird.

Im Vordergrund steht die ungenügende Regelung der Verteilung der Lasten auf die Arbeitslosenunterstützung. Die Dreiteilung der Arbeitslosenunterstützung in Reichsversicherung, Arbeitslosen- und gemeindliche Wohlfahrtsunterstützung mit der zeitlichen Begrenzung der Unterfertigung in den ersten beiden Unterfertigungsformen und der zeitlichen Unbegrenztheit der gemeindlichen Unterfertigung hat, wie Sie ja alle wissen, die Wirkung gehabt, daß die Lasten langdauernder Wirtschaftskrisen in immer härterer Weise die Gemeinden treffen. So ist es gekommen, daß beispielsweise

in Karlsruhe am Ende April dieses Jahres die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten mit 3254 die der Hauptunterstützungsempfänger mit 3164, bereits überschritten hat,

und daß, während in den letzten 10 Wochen die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sich von 4450 auf 3164, also um 1286, verringert hat, die der Wohlfahrtsunterstützten in der gleichen Zeitspanne um 303 gestiegen ist.

Es ist Pflicht der Selbstverwaltung, also der städtischen Kollegien, auf dem Posten zu sein und den Mut zur Verantwortung für

die Maßnahmen zu haben, die nötig sind, um die Gemeinde für ihre Aufgaben leistungsfähig zu erhalten.

Richtlinie muß sein, die Gemeindeaufgaben auf die sparsamste Weise zu erfüllen und dabei die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt gesund zu erhalten. Nach diesen Gesichtspunkten ist der Voranschlag aufgestellt. Nur die Wahrung dieser Fundamente geordneten Wirtschaftens schließt uns davon, auf die schlechte Ebene zu geraten, die, wie wir aus aberschredenden Beispielen der Gegenwart sehen, sehr rasch zum Ende führt. Nur ein solches Handeln sichert auch die Kreditwürdigkeit der Stadt, deren Erhaltung schon angeht uns in der unbeträchtlichen kurzfristigen Verbindlichkeiten dringend abgeben. Sünden wir uns auch davor, den immer noch so frischen Voranschlag dadurch zu verschlechtern, daß wir allzu viel auf die Zukunft bauen? Nach Mitteilung des Finanzministeriums muß nämlich mit einer weiteren Rückgang des Aufkommens der Ueberweisungssteuern gerechnet werden, und außerdem ist auf der Ausgaben Seite die Entwicklung bei der Fürsorge noch ungünstiger, als wir im Voranschlag angenommen haben. Das Fürsorgeamt hat weitere Forderungen schon angemeldet. Ich kann deshalb, wenn ich meine Pflicht, wie ich sie aus den gegebenen Verhältnissen heraus ansehe, erfüllen will, von meiner Bitte,

die eingesezte Verdoppelung der Bürgersteuer zu genehmigen, nicht abgehen, so sehr ich die Unvollkommenheit dieser Steuer und die schwere Last anerkennen muß, die durch sie unserer Bevölkerung auferlegt wird. Sie muß es verstehen, daß es ihre Pflicht ist, die Mittel zur notwendigen Unterfertigung der durch die Arbeitslosigkeit schuldlos in Not geratenen bedauernswerten Volksgenossen aufzubringen. Lehnen Sie die Verdoppelung ab, so nötigen Sie mich sofort mit Ausgabesperanweisungen vorzugehen, deren Folgen nur weitere Verminderungen der Arbeitslosigkeit sein könnten.

Das Bild, das diese Ausführungen geben, ist zu düster, um damit die Gatsrede des Oberbürgermeisters abzuschließen. Lassen Sie mich deshalb noch die etwas erfrischendere Mitteilung anfügen,

daß wir das Jahr 1930 vermuthlich ohne Fehlbetrag abschließen, trotzdem, um nur einige Verschlechterungen zu nennen, die Fürsorge und der städtische Anteil an der Arbeitslosenunterfertigung über 800 000 RM. mehr beansprucht haben, als im Voranschlag vorgesehen war, und trotzdem der Anteil an den Reichsüberweisungssteuern einen Anstieg von nicht weniger als 320 000 RM. erlitten hat.

Mögen unsere Beratungen von der Rücksicht auf den Ernst der Lage und von dem Willen zur Verantwortung, zu sachlicher Arbeit und zur Wahrung der Würde des Hauses getragen sein!

Im Anschluß an die Ausführungen des Oberbürgermeisters berichtete namens des Stadtverordnetenkollegiums

Stadtverordneter (Nat. Soz.) über die Haltung des Stadtverordnetenkollegiums, der keine Stellung zu dem Voranschlag genommen habe. (Eine etwas merkwürdige Haltung eines Stadtverordnetenkollegiums.)

Der Oberbürgermeister teilte sodann mit, daß im ganzen 97 Anträge eingereicht worden seien, die er aber erst bei Aufruf der einzelnen Positionen verlesen werde.

Stadtverordneter (Kommunist) stellt den Antrag, die einzelnen Anträge zur Verlesung zu bringen.

Der Antrag wird bei der Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung entwickelte sich eine Debatte über den Antrag, eine Beschränkung der Redezeit einzuführen und den Beratungsstoff in einzelne Teile zu zerlegen.

Es wurden namentliche Abstimmungen vorgenommen, deren Ergebnis war, daß die vorgeschlagene Teilung des Beratungsstoffes mit 96 gegen 9 Stimmen angenommen wurde.

Gegen den Antrag auf Beschränkung der Redezeit protestierte zunächst

Stadtverordneter (Deutsche Volkspartei), die nicht in der Lage sei, in der ihr zugetheilten Redezeit von 1/2 Stunden zu allen wichtigen Fragen des Etats genügend Stellung zu nehmen.

Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag über die Einschränkung der Redezeit mit 59 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Die Generaldebatte.

wurde eingeleitet durch den Vertreter der nationalsozialistischen Partei, Stadtverordneter Kramer. Dieser erregte alsbald scharfen Widerspruch durch seine parteipolitischen Ausführungen, die auf der rechten Seite des Hauses mit entsprechendem Beifall aufgenommen wurden.

Als der Redner die kommunistische Partei mit „Verbrechensgeheimnis“ apostrophierte,

kam es zu einem furchtbaren Tumult, der schließlich in einer Saalklatsch endete.

Über die wir an anderer Stelle berichten.

Die Wiedereröffnung der Sitzung.

Gegen 6 Uhr traten die Fraktionsführer des Bürgerausschusses zu einer Besprechung mit dem Oberbürgermeister zusammen, um über die weiteren Maßnahmen zu beraten. Ein Teil der Parteien war für Vertagung der Sitzung, ein anderer Teil für Fortsetzung der Beratungen. Schließlich einigte man sich darauf, die Voranschlagsberatungen fortzusetzen.

Um 6 1/2 Uhr — während die Puskrauen noch mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt waren und vor dem Bürgerausschußsaal Polizei strengste Kontrolle durchführte — eröffnete Oberbürgermeister Dr. Finter wiederum die Sitzung. Sofort meldete sich von der kommunistischen Partei Stadtverordneter Böning, der dagegen protestierte, daß kommunistische Mitglieder des Bürgerausschusses von der Polizei verhaftet worden seien. Als der Redner Drohungen ausließ, entstand erneut große Unruhe im Saal; fast schien es, als ob es nochmals zu einer Schlägerei kommen würde. Der sozialdemokratische Stadtverordneter Töpfer ist aufgeregt zu den Kommunisten, die wild im Saal herumstürzten, und suchte sie zu beruhigen.

Als die Ruhe einigermaßen hergestellt war, gab der Oberbürgermeister bekannt, daß der Stadtverordnete Kramer wegen seiner Verhöhnung zur Ordnung gerufen werde.

Stadtverordneter Böning: „Angelaßlich! Welch harmloser Oberbürgermeister!“

Als der Vorsitzende den kommunistischen Zwischenrufer zur Ruhe ermahnte, erklärte Böning: „Ich halte meinen Mund, wenn ich es will.“

Die im Saale noch anwesenden Nationalsozialisten verließen nach den Drohungen der Kommunisten, die andauernd Bemerkungen zu den Vänten der Nationalsozialisten machten, geschlossen den Saal. Die nationalsozialistische Bürgerausschußfraktion trat sofort zu einer Sitzung zusammen.

Nachdem sich die Unruhe etwas gelegt hatte, wurde in den Voranschlagsberatungen fortgefahren:

Für die Staatspartei sprach nunmehr Professor Kehler, der jedoch diesmal durch den herrschenden Lärm in seinen Ausführungen nicht zu verstehen war. Er betonte, daß man vielen Projekten, denen der Bürgerausschuß zugestimmt habe, heute keine Zustimmung nicht mehr geben würde. Wenn das Rapenwörtstrassenbad nicht schon gebaut wäre, würde es heute im Bürgerausschuß nicht mehr bewilligt werden. Es wäre interessant, wenn jetzt einmal der zweite Teil des Buches über den Dammertod erscheinen würde.

Die Stadtverwaltung habe seinerzeit der Bevölkerung eine umfangreiche Broschüre über den Dammertod übergeben. Man müßte jetzt einmal den zweiten Teil über den Dammertod herausgeben, mit allen vorliegenden Zahlen. Das wäre sicherlich interessant. Seine Partei sei damit einverstanden, daß der städt. Fuhrpark langsam abgebaut würde.

Es gelangte ein Antrag auf Schluß der Debatte zur Verlesung, dem die Kommunisten unter Führung von Stadtverordneter Böning scharf widersprachen, Stadtrat Böning erhielt zwei Ordnungsrufer.

Stadtrat Wid brachte einen Antrag ein, den Voranschlag anzunehmen, unter Berücksichtigung der Änderungen, die ein gemeinsamer Antrag der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten vorseht.

Stadtrat Stäbel (Nat. Soz.) erklärte zur Geschäftsordnung, daß die Mitglieder seiner Partei nicht mehr in der Lage seien, der Sitzung anzuhören. Die Kommunisten begleiteten diese Erklärung mit dem Rufen „Raus, mit dem Hund, Schmeiß ihn raus!“

Der Oberbürgermeister ließ eine Auszählung vornehmen, um die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Es waren 60 Mitglieder anwesend.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Der Stadtrat zog sich zu einer kurzen Sitzung zurück.

Nach Wiedereröffnung der Bürgerausschußsitzung erklärte der Oberbürgermeister, daß der Stadtrat seinen Antrag auf Verdoppelung der Bürgersteuer zurückgezogen habe. Alle anderen Änderungsanträge lehnte der Stadtrat ab.

Die Annahme des Voranschlags.

Gegen 7 Uhr wurde unter dem Protest der Kommunisten und Beifallsklatschen der Mehrheit der anwesenden Parteien der städtische Voranschlag 1931 nach dem Vorschlag des Stadtrats ohne Aenderung angenommen.

Geschlossen dagegen stimmten die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei. Die Nationalsozialisten und Kommunisten waren bei der Abstimmung im Saal zum großen Teil nicht anwesend.

Bei Zuckerkrankheit ohne strenge Diät haben sich seit 25 Jahren Dr. Müller-Durozyll-Tabletten eine Pille hervorragend bewährt. Durozyll normalisiert den bei Diabetes gestörten Stoffwechsel und wirkt oft schon in wenigen Wochen zuckerbefreiend. Preis 3/4 2.50 nur in Apotheken. In Karlsruhe bestimmt „Kronen-Apotheke“, Apoth. Cohn, Zähringerstr. 16.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Berliner Börse.

Berlin, 11. Mai. (Frankfurt.) Die Börse blieb heute weiter unter dem Eindruck der Zusammenkunft der amerikanischen Botschaft und der damit verbundenen Besprechung der amerikanischen Botschaft und der damit verbundenen Besprechung der amerikanischen Botschaft...

Geld- und Devisenmarkt.

Berlin, 11. Mai. (Frankfurt.) Tagesgeld erforderte 4-6 Prozent, teils darunter. Monatsgeld 5-5,25 Prozent für erste und 5,5 bis 6,75 Prozent für Lombardkredit. Der Dollar war mit 4,1989, das Pfund mit 20,194, London - Paris 121,36, London - Basel 4,8039...

	9. Mai	11. Mai	9. Mai	11. Mai
Sachs. Mk.	4.216	4.222	Frankf.	21.955
Canada	4.192	4.200	Frankf.	7.383
Frankf.	2.075	2.079	Frankf.	41.93
Paris	20.403	20.443	Frankf.	112.29
London	4.195	4.203	Frankf.	18.87
Basel	0.289	0.291	Frankf.	112.32
Brüssel	2.607	2.613	Frankf.	16.394
Amsterd.	168.54	168.88	Frankf.	12.425
Madrid	5.437	5.445	Frankf.	92.04
Wien	58.325	58.33	Frankf.	80.77
Warschau	73.15	73.25	Frankf.	80.83
Prag	81.55	81.71	Frankf.	80.83
London	10.556	10.576	Frankf.	80.83

Hapag-Lloyd-Union und Hamburg-Süd.

Hamburg, 11. Mai. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen zwischen der Hapag-Lloyd-Union und Hamburg-Süd über die Verlängerung des 10-jährigen Vertrags für die Südamerikafahrt...

Zur Verlagung der GV. bei Lanz.

H. Mannheim, 11. Mai. (Eigenbericht.) In der bereits erwähnten Veranlassung der GV. der Rheinisch-Westfälischen Industrie...

Zeichnungsauflegung der neuen Berliner Kraft- und Lichtwerke.

Während die Verhandlungen wegen Einbringung der Zeichnungsauflegung der Berliner Kraft- und Lichtwerke...

Verschärfte Zinn-Drosselung beabsichtigt.

Nach einem Bericht des Rheinischer Metallhandels-Gewerkschaftsvereins...

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 11. Mai. (Eigenbericht.) In der Abendbörse war die Kursentwicklung bei ziemlich gleichem Gewicht etwas freundlicher...

Samstagsbörsen auch in den Sommermonaten.

B.B. Berlin, 11. Mai. Der Berliner Börsenvorstand hat beschlossen...

Pariser Börse.

WTR. Paris, 11. Mai. (Frankfurt.)	8. 5. 11. 5.	8. 5. 11. 5.	8. 5. 11. 5.
Anleihen:	8. 5. 11. 5.	8. 5. 11. 5.	8. 5. 11. 5.
3 1/2 % 1916	103,48	103,48	103,48
4 % 1917	104,20	104,20	104,20
4 % 1918	104,50	104,50	104,50
4 % 1919	104,50	104,50	104,50
4 % 1920	104,50	104,50	104,50
4 % 1921	104,50	104,50	104,50
4 % 1922	104,50	104,50	104,50
4 % 1923	104,50	104,50	104,50
4 % 1924	104,50	104,50	104,50
4 % 1925	104,50	104,50	104,50
4 % 1926	104,50	104,50	104,50
4 % 1927	104,50	104,50	104,50
4 % 1928	104,50	104,50	104,50
4 % 1929	104,50	104,50	104,50
4 % 1930	104,50	104,50	104,50
4 % 1931	104,50	104,50	104,50

Londoner Börse.

London, 11. Mai. (Frankfurt.)	8. 5. 11. 5.	8. 5. 11. 5.	8. 5. 11. 5.
Expt. Co. 2 1/2	59 1/2	59 1/2	59 1/2
W. Youngs	78 1/2	79	79
4 1/2 % Unif. 11	9	9	9
Can. Pacif. 11	29 1/2	30	30
Brax. Tract. 11	17 1/2	17 1/2	17 1/2
Int. Nickel 11	17 1/2	17 1/2	17 1/2
Schw. Kugeln 11	9	9	9
East Rand 2 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2

Newyorker Börse.

New York, 11. Mai. (Frankfurt.) In der ersten Effektenbörse dieser Woche kam es nach vorläufigen Kursänderungen zu einer Beilegung...

Mannheimer Börse.

Mannheim, 11. Mai. (Eigenbericht.) Bei der gestrigen Börsennotierung...

Prämienliste der Bankfirma BAER & ELEND, Karlsruhe.

Prämienliste	1. Prämie	2. Prämie	3. Prämie	4. Prämie
Donaukanal	5	7	9	11
2. Prämie	3	5	7	9
3. Prämie	2	4	6	8
4. Prämie	1	3	5	7

Berliner Devisennotierungen am Usancenmarkt.

London:	9. 5.	11. 5.	Kabel New York:	9. 5.	11. 5.
Bank	4.8640	4.8638	Frankf.	21.955	21.99
Paris	124.41	124.37	Frankf.	7.383	7.397
Brüssel	34.97	34.96	Frankf.	41.93	42.01
Amsterd.	12.10	12.10	Frankf.	112.29	112.29
Madrid	92.91	92.92	Frankf.	18.87	18.91
Wien	47.30	48.10	Frankf.	112.32	112.54
Warschau	18.16	18.16	Frankf.	16.394	16.434
Cairo	18.16	18.16	Frankf.	12.425	12.445

Zürcher Devisennotierungen vom 11. Mai 1931.

Frankfurt:	9. 5.	11. 5.	Frankfurt:	9. 5.	11. 5.
Frankf.	20.28	20.28	Frankf.	139.15	139.10
London	25.24	25.23	Frankf.	138.97	138.95
New York	518.87	518.85	Frankf.	138.95	138.95
Paris	72.16	72.15	Frankf.	3.76	3.76
Brüssel	27.16	27.16	Frankf.	15.37	15.37
Amsterd.	53.40	53.2	Frankf.	58.15	58.20
Madrid	208.58	208.00	Frankf.	90.51	90.51
Berlin	123.58	123.58	Frankf.	90.51	90.51
Wien	73.00	73.02	Frankf.	90.51	90.51

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 11. Mai. (Frankfurt.) Amilische Produktennotierungen für Getreide und Mehlwaren...

Mannheimer Produktenbörse.

Mannheim, 11. Mai. (Eigenbericht.) In der Produktenbörse lagen bei leichtem Umsatz...

Schlachtvieh- und Nutzviehmärkte.

Frankfurt, 11. Mai. (Frankfurt.) Es waren zugeführt und wurden bei 50 Kilogramm Lebendgewicht gehandelt...

Metal-Markt.

Berlin, 11. Mai. (Frankfurt.) Metallnotierungen für je 100 kg. Elektrolyt Kupfer...

Sonstige Märkte.

Schweinefleisch, 9. Mai. Spargelpreise, Juni 15 Str. Süsslaster Preis für 1 Pfund in Wien...

Ausländische Getreide und Fette.

Rotterdam, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Genève, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Chicago, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Wien, 11. Mai. (Frankfurt.) Getreide-Schlusskurse für in Klammern...

Berliner Börse vom 11. Mai 1931

Table of Berlin stock market data including sections for Anleihen, Verkehrs- und Bankaktien, and Industriekonten.

Berliner Terminalschlusssierungen

Table of Berlin terminals closure data for various commodities like wheat, sugar, and oil.

Frankfurter Börse vom 11. Mai

Table of Frankfurt stock market data including sections for Anleihen, Verkehrs- und Bankaktien, and Industriekonten.

Todes-Anzeige for Dr. Ing. Willy Steidinger, including details of his death and funeral arrangements.

Todes-Anzeige for Herr Druckereivorstand a. D. Wilhelm Meinzer, including details of his death and funeral arrangements.

Obituary notice for Lotte Levy, Jssi Rothschild, including details of her death and funeral arrangements.

Todes-Anzeige for Franziska Kaiser, including details of her death and funeral arrangements.

Statt besonderer Anzeige for Peter Dickenscheid, including details of his death and funeral arrangements.

Obituary notice for Frau Martha Dickenscheid, including details of her death and funeral arrangements.

Advertisement for 'Helsehen' and 'REPARATUREN' services, including contact information for Piepenbrink.

Advertisement for 'Astrologie' services, including contact information for the astrologer.

Advertisement for 'Geldbeutel', 'Gelunden', and 'Kleinauto' services, including contact information for the advertiser.

